

Australien versus Facebook

Dass Tech-Giganten, wie Facebook, Google oder Twitter, sehr viel Macht haben, ist für die große Mehrheit von uns nichts Neues. Allerdings finde – zumindest ich – es immer wieder sehr erstaunlich, wenn sich offenbart, wie groß die Macht von z.B. Facebook ist.

Das neuste Beispiel dafür ist der Konflikt zwischen Facebook und Australien. Der Grund für den Streit ist ein Gesetzesvorhaben der australischen Regierung, das sich vor allem gegen Google und Facebook richtet. Auf den Plattformen der beiden Unternehmen werden bekanntermaßen viele journalistische Inhalte, bzw. Verlinkungen dazu, geteilt. Ergo: Facebook und Google verdienen mit den Artikeln der Medienhäuser Geld. Das neue Gesetz sieht vor, dass die Tech-Unternehmen einen Teil ihrer Werbeerlöse an die betroffenen Medienunternehmen weitergeben müssen. Verstöße gegen das Gesetz werden mit bis zu 10 Prozent des Jahresumsatzes in Australien bestraft.

Logischerweise waren Google und Facebook von dem Gesetzesvorschlag alles andere als begeistert. So drohte Google im Januar dieses Jahres, dass sie sich gezwungen sähen, ihre Suchmaschine für Australien abzuschalten, sollte das Gesetz verabschiedet werden.¹ Im Fall von Google waren dies nur leere Drohungen. Schlussendlich einigte sich der Konzern mit den australischen Medienhäusern.²

Anders bei Facebook. Als Reaktion auf das Gesetzesvorhaben sperrte Facebook Ende letzter Woche alle journalistischen Inhalte auf seinen Plattformen in Australien. Auch einige Regierungsseiten waren von der Sperre betroffenen.³ Anfang dieser Woche konnten sich die australische Regierung und der US-Konzern dann doch auf einen Kompromiss einigen. Facebook handelt nun doch Vergütungsbeteiligungen mit den Medienhäusern aus. Im Gegenzug wurde das Gesetz etwas entschärft.^{4 5 6}

Eine sehr interessante Randnotiz an dieser Geschichte ist, dass einer der haupt-profitierenden Medienunternehmer der US-Amerikaner Rupert Murdoch ist. Murdoch, seinerseits gebürtiger Australier, ist vielen von uns am ehesten als Gründer des Nachrichtenkanals Fox News bekannt.⁷

Notiz:

- „Neben Australien wollen auch die EU sowie einige Mitgliedstaaten - darunter Frankreich, Spanien und Deutschland - die Position der Verlage und Medienhäuser gegenüber den Tech-Giganten aus dem Silicon Valley stärken. "Für uns Europäer ist es eigentlich Glück im Unglück, denn so können wir beobachten, wie sich die Konzerne

¹ <https://www.dw.com/de/australien-vs-facebook-die-wichtigsten-fragen-und-antworten/a-56620039>

² <https://www.handelsblatt.com/technik/it-internet/urheberrecht-google-schliesst-vertrag-mit-murdochs-news-corp-facebook-blockiert-in-australien-nachrichten/26926584.html?ticket=ST-5302597-KZ6wfUg3fPDMWJWc2iO-ap5>

³ <https://www.tagesschau.de/ausland/australien-facebook-101.html>

⁴ <https://www.tagesschau.de/ausland/ozeanien/facebook-australien-103.html>

⁵ <https://www.sueddeutsche.de/medien/australien-facebook-google-journalismus-gesetz-1.5217187>

⁶ <https://www.sueddeutsche.de/digital/facebook-australien-sperre-1.5214713>

⁷ <https://www.sueddeutsche.de/medien/facebook-australien-zuckerberg-1.5215564>

verhalten, wenn sie in die Enge getrieben werden", meint Anwalt Solmecke. **Die hiesigen Gesetze bieten den Plattformen zwar in wichtigen Punkten mehr Spielraum als das australische Vorhaben**, dennoch ist der Ausgang offen und könnte auch innerhalb der EU unterschiedlich ausfallen. **Frankreich hat die betreffende EU-Richtlinie bereits umgesetzt**. Dort haben sich Google und der Verlegerverband APIG bereits auf einen **Rahmenvertrag geeinigt**. **In Deutschland fehlt bisher ein nationales Gesetz**, und ob Google danach Medieninhalte weiterhin anzeigen wird, ist keineswegs sicher.“⁸

- *„EU-Politiker Wölken lehnt „australisches Modell“ ab*
Die nun in Australien getroffenen Regeln seien zwar „vergleichbar mit dem sogenannten Leistungsschutzrecht in der Europäischen Union“, sagte der Europa-Abgeordnete Tiemo Wölken dem Deutschlandfunk. „Medieninhalte dürfen nicht mehr, auch in kurzen Auszügen nicht, angezeigt werden, ohne dass vorher eine Lizenz erworben wurde.“ Doch anders als in Europa könne die Politik gezielt entscheiden, welche Lizenzen abgeschlossen werden. „Das ist selektiver als das europäische Leistungsschutzrecht, das für alle gilt.“

Das australische Modell hält Wölken für den „falschen Weg“. Dass Facebook nun Inhalte sperrt, sei „dramatisch für eine Informationsgesellschaft“. Es müsse künftig mehr darum gehen, „wie Werbeeinnahmen reguliert und auch besteuert werden können“. Und aus diesen Einnahmen könnte Journalismus gefördert werden.

Der SPD-Politiker erwartet, dass es im Rahmen der EU-Gesetzesinitiativen Digital Services Act (DSA) und Digital Markets Act (DMA) künftig auch in Europa eine Diskussion über Journalismusfinanzierung geben wird.

EU setzt auf Urheberrechts-Richtlinie

Die Frage nach einer finanziellen Beteiligung von Medienunternehmen an den Milliarden Gewinnen der US-Konzerne sorgt seit Jahren international für Diskussionen. In Europa läuft der Streit unter dem Stichwort Leistungsschutzrecht, das für mehr Gerechtigkeit sorgen soll. Die 2019 novellierte europäische Urheberrechts-Richtlinie müssen die EU-Staaten bis 2021 in nationales Recht umsetzen. In Frankreich, das die Richtlinie früh umgesetzt hatte, zahlt Google inzwischen Lizenzen an Medien.“⁹

- Zum Weiterlesen.¹⁰
- Digital Services/Markets Act, Anfang Dezember vorgestellt
 - Einheitliches EU Regelwerk
 - Services Act
 - Hate Speech
 - Interoperabilität von sozialen Netzwerken und Messengern¹¹
 - Strafen bis zu 6% Jahresumsatz

⁸ <https://www.dw.com/de/australien-vs-facebook-die-wichtigsten-fragen-und-antworten/a-56620039>

⁹ https://www.deutschlandfunk.de/sperre-von-nachrichteninhalten-facebook-laesst-in.2907.de.html?dram:article_id=492736

¹⁰ <https://www.welt.de/wirtschaft/article226082965/Google-Facebook-und-Co-EU-verlangt-Entlohnung-fuer-Medienunternehmen.html>

¹¹ <https://www.heise.de/news/Digital-Services-Act-Messenger-Co-sollen-interoperabel-werden-4914342.html>

- Markets Act
 - Strafen bis zu 10% Jahresweltumsatz¹²
 - Marktmissbrauch (Amazon/Google bevorzugt eigene Produkte)¹³

¹² https://www.deutschlandfunkkultur.de/digital-services-act-und-digital-markets-act-wie-die-eu-die.1264.de.html?dram:article_id=489546

¹³ https://www.deutschlandfunkkultur.de/vorschlag-der-eu-kommission-wie-das-digitale-dienstegesetz.1264.de.html?dram:article_id=488312